

Völkerfreundschaft, Vertragsarbeiter und völkische Identität – Alltagsrassismus in staatlichen und gesellschaftlichen Diskursen der DDR*

I. Gründungsmythos Antifaschismus und die »Ausrottung« des Rassismus als semantische Umwälzungen

»Seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, auf deren Territorium der menschenfeindliche Rassismus mit der Wurzel ausgerottet ist, gehören ihre tiefe Sympathie und die tatkräftige Unterstützung allen Völkern, allen Menschen, die gegen imperialistische Unterdrückung und rassistische Diskriminierung auftreten.«¹

Erich Honecker

Als sich Erich Honecker am 14. August 1978 in Genf mit diesem Grußwort an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Weltkonferenz zum Kampf gegen Rassismus und Rassendiskriminierung wandte, war dies nicht allein ein Versprechen gegenüber jungen außereuropäischen Nationalstaaten, sie im Prozess der Dekolonisierung zu unterstützen. Der Generalsekretär der SED reproduzierte hier zugleich den zentralen Gründungsmythos der DDR – den Mythos des Antifaschismus, der aufs Engste mit der Behauptung von der Beseitigung des Rassismus verknüpft war. Im Bemühen um staatliche Legitimität und eine klare Abgrenzung von der westdeutschen Bundesrepublik nahmen die politischen Eliten der DDR für sich in Anspruch, einen Staat zu repräsentieren, der aus der Tradition des Widerstandes der deutschen Kommunisten und der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus erwachsen war. Ausgehend von der marxistisch-leninistischen Faschismustheorie deutete die DDR-Führung den deutschen Faschismus als zuge-

* Dieser Artikel ist eine Weiterentwicklung des Beitrages »Arbeiten im Bruderland. Arbeitsmigranten in der DDR und ihr Zusammenleben mit der deutschen Bevölkerung« von Ann-Judith Rabenschlag, erschienen in: Deutschland Archiv, 15. 9. 2016, www.bpb.de/233678.

1 Grußadresse des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, an die Weltkonferenz zum Kampf gegen Rassismus und Rassendiskriminierung in Genf, 14. August 1978, in: Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (Hg.): Gegen Rassismus, Apartheid und Kolonialismus. Dokumente der DDR 1977–1982, Berlin (Ost) 1983, S. 158.

spitzte Form aggressiven Kapitalismus. Die Abkehr vom kapitalistischen System und die Umwandlung der SBZ in den »ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden« hatten nach dieser Geschichtsdeutung dem Faschismus die gesellschaftlich-wirtschaftliche Basis entzogen.² Honeckers Behauptung von der »Ausrottung« des Rassismus basierte auf ebendieser Prämisse. Die Wurzeln des Rassismus, so heißt es noch 1988 im kleinen politischen Wörterbuch der DDR, lägen »in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Klassengesellschaft, in der Diskriminierung der Ausgebeuteten und dem Interesse der Herrschenden, die Unterdrückten gegeneinander auszuspielen.«³

Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen in der DDR standen von Anfang an in engem Zusammenhang mit den diskursiven Brüchen, und der Wettstreit der zwei deutschen Staaten um politische und moralische Legitimität war bis 1990 ein Kampf, der immer auch sprachlich ausgefochten wurde.⁴ Für das Funktionieren eines politischen Diskurses ist »die Existenz von Grundbegriffen als Fokussierungsinstrumente [...] unverzichtbar.«⁵ So fanden auch in der Sprache des DDR-Regimes »Faschismus« und »Rassismus« in Schlüsselbegriffen wie »Völkerfreundschaft«, »internationale Solidarität« und »proletarischer Internationalismus« neue, positiv konnotierte Gegenbegriffe.⁶ Die Behauptung von der Beseitigung des Rassismus prägte sowohl das Bild von in der DDR lebenden Ausländern als auch den Umgang mit ihnen.⁷ Dies galt nicht zuletzt für die ausländischen Vertragsarbeiter, die ab den 1960er-Jahren in die DDR kamen, um den einheimischen Arbeitskräftemangel zu kompensieren. Die »ausländischen Werk tätigen«, wie sie im offiziellen Sprachgebrauch hießen, kamen zunächst aus Osteuropa, später auch aus Algerien, Kuba, Mosambik, Vietnam und Angola.⁸ Im öffentlichen, politisch

- 2 Jürgen Danyel/Olaf Groehler/Mario Kessler: Antifaschismus und Verdrängung. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR, in: Jürgen Kocka/Martin Sabrow (Hg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven (= Zeithistorische Studien, Bd. 2), Berlin 1994, S. 148–152, hier S. 148 u. 152; Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR, 1971–1989, 3. Aufl., Berlin 2009, S. 99; Mary Fulbrook: Myth-Making and National Identity. The Case of the G.D.R., in: Geoffrey Hosking/George Schöpflin (Hg.): Myths and Nationhood, London 1997, S. 72–87.
- 3 Waltraud Böhme (Hg.): Kleines politisches Wörterbuch, 7. Aufl. Berlin 1988, S. 802.
- 4 Charlotta Seiler Brylla: Den beväpnade freden. Språk och politik i det delade Tyskland [Bewaffneter Friede. Sprache und Politik im geteilten Deutschland], Stockholm 2020.
- 5 Jörn Leonhard: Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters, München 2001, S. 63.
- 6 Frank Bösch/Caroline Moine/Stefanie Senger (Hg.): Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR, Göttingen 2018; Marianne Krüger-Potratz/Anette Kaminsky/Werner Winter: Völkerfreundschaft und internationale Solidarität, in: Dankwart Kirchner (Hg.): Freundschaft! Die Volksbildung der DDR in ausgewählten Kapiteln, Bd. 3. Eine Publikation des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Berlin 1996, S. 171–259; Christiane Griese/Helga Marburger: Zwischen Internationalismus und Patriotismus. Konzepte des Umgangs mit Fremden und Fremdheit in den Schulen der DDR, Frankfurt a. M. 1995.
- 7 Mit dem Begriff »Ausländer« bzw. »Ausländerinnen« sind hier alle Einwohnerinnen und Einwohner gemeint, die nicht die Staatsangehörigkeit der DDR besaßen. »Ausländer« und »Fremde« werden im Folgenden synonym verwendet.
- 8 Sandra Gruner-Domić: Zur Geschichte der Arbeitsmigration in die DDR. Die bilateralen Verträge zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter (1961–1989), in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 32 (1996), H. 2, S. 204–230, hier S. 206–208.

gelenkten Diskurs der DDR war die Existenz von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit tabuisiert. Dass diese politische Vorgabe nicht zur Beseitigung von Xenophobie führte, hat die jüngste DDR-Forschung klar herausgearbeitet.⁹ Die Frage, welche Rolle die Sprache beim Umgang der DDR-Gesellschaft mit Ausländerinnen und Ausländern spielte, hat dagegen wenig Beachtung gefunden. Die Geschichte von Diskursen, so Philipp Sarasin, wird jedoch »erst dort wirklich interessant, wo diese am Realen scheitern«.¹⁰ Ein solch diskursives Scheitern und der sprachliche Umgang mit der Diskrepanz zwischen ideologischem Anspruch und lebensweltlicher Realität stehen daher im Zentrum der nachfolgenden Quelleninterpretation. Dabei soll deutlich werden, dass Rassismus gegen ausländische Arbeitskräfte in der DDR nicht allein als Verstoß gegen den staatlich sanktionierten Diskurs über Fremde verstanden werden kann. Auch diskursintern wurde ein Machtgefälle zwischen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern und ausländischen Arbeitskräften konstruiert, dass Ersteren die Rolle der Überlegenen und Letzteren die Rolle der Unterlegenen zuwies und somit Rassismus begünstigte.

Die folgende Analyse geht von einem dialektischen Verhältnis zwischen sprachlicher Artikulation und nichtlinguistischer Wirklichkeit aus. Das Repräsentationssystem Sprache ist nicht allein eine Spiegelung gesellschaftlicher Verhältnisse, vielmehr ist Sprache selbst ein politisches Moment. Im weiten Forschungsfeld der historischen Semantik wird diese Erkenntnis fortlaufend reflektiert. So hat etwa Margrit Pernau im Hinblick auf die Begriffsgeschichte darauf hingewiesen, dass historische Semantik immer auch die Beziehungen zur Sozialgeschichte und damit zur materiellen Welt mit in den Blick nimmt, »für die sie zugleich Faktor und Indikator« ist.¹¹ Als historische Diskursanalyse verstanden, die sowohl von Elementen der Diskurslinguistik als auch der kritischen Diskursanalyse inspiriert ist, bezieht die folgende Quellenanalyse die Prämisse

9 (In chronologischer Reihenfolge:) Ann-Judith Rabenschlag: Völkerfreundschaft nach Bedarf. Ausländische Arbeitskräfte in der Wahrnehmung von Staat und Bevölkerung der DDR, Stockholm 2014; Almut Zwengel: Die Gastarbeiter der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt, Berlin 2011; Jonathan R. Zatin: Scarcity and Resentment: Economic Sources of Xenophobia in the GDR, 1971–1989, in: *Central European History* 4 (2007), H. 4, S. 683–720; Christian Th. Müller/Patrice G. Poutrus (Hg.): *Ankunft-Alltag-Ausreise. Migration und Interkulturalität in der DDR-Gesellschaft*, Köln 2005; Karin Weiss/Mike Dennis: *Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland*, Münster 2005; Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus: *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003; Annegret Schüle: *Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter in der DDR: »Gewährleistung des Prinzips der Gleichstellung und Nichtdiskriminierung«?*, in: *Zeitschrift für Sozialgeschichte* des 20. und 21. Jahrhunderts, 70 (2002), H. 1, S. 80–100; Zu einem anderen Ergebnis kommt Ulrich van der Heyden in seiner Studie: *Das gescheiterte Experiment. Vertragsarbeiter aus Mosambik in der DDR-Wirtschaft, 1979–1990*, Leipzig 2019. Van der Heyden vergleicht den aktuellen Forschungsstand mit Fake News, wirft den Autoren Verzicht auf Quellenkritik vor (S. 13) und vertritt die These, dass Fremdenfeindlichkeit in den Neuen Bundesländern allein auf den Transformationsprozess von 1989/90 zurückzuführen sei (S. 548 f.). Problematisch ist, dass van der Heyden seine Studie weder methodisch noch theoretisch verankert. Nicht zuletzt aufgrund zahlreicher rhetorischer Spitzen gegenüber in Westdeutschland sozialisierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entsteht der Eindruck einer tendenziösen Darstellung.

10 Philipp Sarasin: *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*, Frankfurt a. M. 2003, S. 60.

11 Margrit Pernau: Einführung. Neue Wege der Begriffsgeschichte, in: *Geschichte und Gesellschaft* 44 (2018), H. 1, S. 5–28, hier S. 28.

des dialektischen Verhältnisses von Sprachlichem und Nichtsprachlichem jedoch nicht allein auf Begriffe, sondern auf jede Form sprachlicher Artikulation. Sprache erschafft die Dinge insofern, als sie ihnen einen Platz in der sozialen Wirklichkeit zuweist. Norman Fairclough spricht in diesem Zusammenhang von »materialisations of discourses«.¹² Damit ist sprachliche Artikulation immer auch eine Form der Machtausübung. Die Art und Weise, wie man in der DDR über ausländische Arbeitskräfte sprach, reflektierte somit nicht allein deren Status in der DDR-Gesellschaft, sondern konstituierte ihn zugleich.¹³

Um zu untersuchen, welche diskursiven Muster genreübergreifend und in ihrer Intertextualität damit besonders dominant waren, wurden unterschiedliche Quellentypen zur Analyse herangezogen.¹⁴ Beiträge aus der politisch kontrollierten Tages- und Wochenpresse stehen in dieser Analyse stellvertretend für das *public transcript* (James Scott) der DDR-Gesellschaft, das heißt für die Art und Weise, wie laut parteipolitischen Vorgaben in der DDR über ausländische Arbeitskräfte gesprochen und gedacht werden sollte.¹⁵ Die Analyse von Berichten aus den Volkseigenen Betrieben (VEB), in denen ausländische Arbeitskräfte beschäftigt waren, sowie Eingaben von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern sowie die Antwortschreiben des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne bilden andere Diskursfelder ab, die mit dem *public transcript* in einer wechselseitigen Beziehung standen. Einen Diskurs in seiner Gesamtheit darzustellen ist ein unmögliches Unterfangen. Um die Textanalyse des Quellenmaterials einzugrenzen und praktikabel zu gestalten, stehen im Folgenden Narrative, Topoi und Argumentationsmuster im Fokus der Untersuchung.¹⁶

II. »Die Freunde« aus dem Ausland und die Bürde des DDR-Bürgers – Artikulation eines Machtgefälles

Der Ausländeranteil war in der DDR zeit ihres Bestehens gering. Neben den Angehörigen der sowjetischen Besatzungstruppen stellten die sogenannten ausländischen Werktätigen die größte Gruppe der Zuwanderer. Ihr Anteil lag jedoch bis 1989 nie über

12 Norman Fairclough: *Analysing Discourse. Textual analysis for social research*, London/New York 2003, S. 207.

13 Siehe z. B. Achim Landwehr: *Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse*, Tübingen 2001; Philip Sarasin: *Diskurstheorie und Geschichtswissenschaft*, in: *Handbuch sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse*, Bd. 1: Theorien und Methoden, 2. Aufl. Wiesbaden 2006, S. 55–82; Jürgen Spitzmüller/Ingo H. Warnke: *Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse*, Göttingen 2011; Ruth Wodak u. a.: *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität*, Frankfurt a.M. 1998; Fairclough: *Analysing Discourse* (Anm. 12).

14 Ebd., S. 41.

15 James Scott: *Domination and the Arts of Resistance. Hidden Transcripts*, New Haven/London 1990.

16 Als überzeugendes Beispiel für eine historische Diskursanalyse, die ebenfalls unterschiedliche Ansätze der historischen Semantik miteinander verbindet, kann Kristoffer Klammers Dissertation dienen. Siehe Kristoffer Klammer: »Wirtschaftskrisen«. Effekt und Faktor politischer Kommunikation Deutschland, 1929–1976, Göttingen 2019.

1,2 Prozent.¹⁷ In der politisch kontrollierten Presse wurde nur wenig über die ausländischen Arbeitskräfte geschrieben.¹⁸ Die Häufigkeit der Berichterstattung variierte zudem je nach Herkunftsland der Arbeitsmigranten. Eine Recherche im *Neuen Deutschland* für die Jahre 1963 bis 1989 ergab vor allem Artikel über polnische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; Beiträge zu mosambikanischen Arbeitskräften gab es dagegen z. B. kaum.¹⁹

Jene Artikel über ausländische Arbeitskräfte, die in der Tages- oder Wochenpresse der DDR zwischen 1962 und 1989 zu finden sind, zeichnen sich durch eine positive Grundstimmung aus.²⁰ Es sind Geschichten von Freundschaft und Gemeinschaftsgefühl, von Herzlichkeit und inspirierendem kulturellen Austausch. Und es sind stets Erfolgsgeschichten. Probleme – seien es Schwierigkeiten der Zuwanderer bei der Integration oder Spannungen zwischen Deutschen und Fremden – werden grundsätzlich ausgespart. Damit unterscheiden sich die Beiträge deutlich vom Tenor der zeitgenössischen westdeutschen Presse, die mitunter einen Zusammenhang zwischen Ausländern und Kriminalität suggerierte.²¹ Zwar werden auch in der DDR-Presse gängige kulturelle Stereotype bedient, wenn zum Beispiel von Kubanern die Rede ist, die »temperamentvoll zum Gelingen« eines Betriebsfestes beitragen, oder von einer Vietnamesin, die »ruhig und zurückhaltend« ist, »unermüdliche, eifrige Arbeit« leistet und sich »nie beklagt«.²² Diese Beschreibungen haben in der Regel jedoch keinen pejorativen Unterton. Stattdessen werden ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeiternehmer konsequent als »Freunde aus dem Ausland« oder lediglich als »Freunde« betitelt.²³ In einigen Zeitungsbeiträgen ist gar von Kontakten zwischen DDR-Bürgern und ausländischen Arbeitsmigranten die Rede, die in ihrer Innigkeit an familiäre Bindungen erinnern.²⁴

17 Andreas Müggenburg: Die ausländischen Vertragsarbeitnehmer in der ehemaligen DDR. Darstellung und Dokumentation, Berlin 1996, S. 7. Der geringe Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung der DDR spiegelt sich bis heute in einem niedrigen Ausländeranteil in der Bevölkerung der neuen Bundesländer wider. Siehe Birgit Glorius: Migrationsgeschichte Ostdeutschlands II. Internationale Migration in Ostdeutschland und ihre gesellschaftliche Wahrnehmung seit der Jahrtausendwende, in: Sören Becker/Mathias Naumann (Hg.): Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie, Berlin 2020, S. 223–234, hier S. 224.

18 Siehe Marianne Krüger-Potratz: Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR, Münster 1991, S. 43; Rabenschlag: Völkerfreundschaft (Anm. 9), S. 77 f.

19 Ebd., S. 79.

20 Die Beiträge, die der folgenden Quellenanalyse zugrunde liegen, stammen aus folgenden Zeitungen und Zeitschriften: Neues Deutschland (im Folgenden: ND), Für Dich (FD), DDR-Revue (Rev), Junge Welt (JW) und BZ am Abend (BZ). Für ND wurden alle relevanten Artikel mithilfe einer digitalisierten Fassung systematisch von 1963 bis 1989 in einem Fünfjahresabstand erfasst. FD, Rev, JW und BZ wurden in größeren Abständen individuell durchsucht. Für weitere Informationen hinsichtlich der Gewinnung des Quellenkorpus siehe Rabenschlag: Völkerfreundschaft (Anm. 9), S. 61 f.

21 Auf diese Koppelung im westdeutschen Pressediskurs verweisen Franziska Dunkel/Gabriella Stramaglia-Faggion: Zur Geschichte der Gastarbeiter in München. »Für 50 Mark einen Italiener«, München 2000.

22 JW, 5. Juli 1978, S. 4 und FD 1985, Nr. 8, S. 27.

23 ND, 10. September 1980, S. 2 u. FD 1981, Nr. 24, S. 18.

24 BZ, 7. Juli 1981, S. 4; Rev 1972, Nr. 1, S. 30; ND, 11./12. März 1989, S. 11.

Die Berichterstattung der DDR-Presse über ausländische Werk­tätige ist von zwei wiederkehrenden Narrativen geprägt. Das erste ist jenes von der DDR als einer »zweiten Heimat« für die Arbeitsmigranten, einige Artikel führen dieses Narrativ bereits in der Überschrift an.²⁵ Die DDR, so wird eine polnische Arbeiterin im *Neuen Deutschland* zitiert, »gibt mir mein zweites Zuhause und das Gefühl, in einem wirklichen Freundesland zu sein, wo die Beziehungen zwischen den Menschen echt, eben sozialistisch sind.«²⁶ Von »Osvaldo« und »Carmen« aus Chile berichtet die *Junge Welt*, dass sie »sich wohl bei uns« fühlen, und auch »Carlos, Frank und anderen [aus Kuba] gefällt es bei uns.«²⁷ In Berlin sehe man »die lachenden Grüppchen der zur Schicht eilenden zierlichen Vietnamesinnen«, und in Cottbus stationierte Arbeiterinnen aus Namibia hätten »einen Heide­spaß bei ihren allerersten Versuchen an der Nähmaschine.«²⁸ Ausländische Arbeitskräfte würden von ihren deutschen Kollegen »herzlich willkommen heißen.«²⁹ Die Rückkehr in ihr Heimatland bedeute für viele »Verzicht auf Liebgewonnenes, Vertrautes bei uns. Vor allem aber [...] Abschied von guten Bekannten und herzlichen Freunden.«³⁰

Das zweite Narrativ, das die Berichterstattung zu ausländischen Arbeitskräften durchzieht, kann als »Narrativ der zweifachen Ausbildung« bezeichnet werden. Ausländische Werk­tätige, so der Tenor, erhielten in der DDR sowohl eine fachliche als auch eine ideologische Ausbildung. Ihr Arbeitseinsatz, der meist aus monotonen und wenig anspruchsvollen Tätigkeiten bestand, wird zur »Ausbildung« oder »Qualifizierung« aufgewertet.³¹ Beruflich fortgebildet und im Geiste des sozialistischen Denkens geschult, sollten die ausländischen Arbeitskräfte nach ihrem fünfjährigen Aufenthalt in ihre Heimatländer zurückkehren und dort beim Aufbau junger, sozialistischer Industrienationen helfen. Auch dieses Narrativ kommt oft bereits in den Überschriften der Artikel zum Ausdruck. »Gelernt für Sambia« steht dort, »Lernen für die Heimat«, »Lernen für den Dschungel« oder »Lernen für den Aufbau.«³² Die DDR sah sich gegenüber Arbeitsmigranten also gleich in zweifacher Hinsicht in der Rolle der Mentorin. Noch im März 1989 heißt es im *Neuen Deutschland*: »Es ist für unser sozialistisches Gemeinwesen eine Selbstverständlichkeit, dass unsere ausländischen Mitbürger nicht nur bei uns tätig sind und sich im Arbeitsprozess qualifizieren, sondern zugleich [...] immer bessere Bedingungen für die gleichberechtigte Entwicklung ihrer Persönlichkeit erhalten.«³³

25 Bereits in der Überschrift in: ND, 3. März 1975, S. 4; ND, 11./12. März 1989, S. 11; ND, 27. März 1989, S. 3; JW, 5. Juli 1978, S. 4; JW, 25. Juli 1978, S. 4.

26 ND, 3. März 1975, S. 4.

27 JW, 25. Juli 1978, S. 4; JW, 5. Juli 1978, S. 4.

28 ND, 22. August 1989, S. 8 u. FD 1984, Nr. 10, S. 12.

29 ND, 3. Mai 1963, S. 2; siehe auch ND, 23. Juli 1980, S. 2, u. ND, 22./23. April 1989, S. 3.

30 FD 1989, Nr. 32, S. 18 f.

31 Siehe ND, 3. Mai 1963, S. 2; ND, 19. September 1963, S. 3; ND, 27./28. Dezember 1975, S. 2; ND, 30. Juni 1980, S. 2; ND, 23. Juni 1980, S. 2; ND, 3. September 1980, S. 8; ND, 10. September 1980, S. 2; ND, 17. Dezember 1980, S. 5; ND, 22./23. Juni 1985, S. 2; ND, 10. September 1985, S. 5; ND, 3. Januar 1989, S. 2; ND, 11./12. März 1989, S. 11; ND, 13. März 1989, S. 6.

32 FD 1985, Nr. 5, S. 5; FD 1985, Nr. 8, S. 1; FD 1985, Nr. 25, S. 27; FD 1989, Nr. 42, S. 8.

33 Identischer Wortlaut in ND, 6. März 1989, S. 2 u. Rev 1989, Nr. 4, S. 24.

Während Staatspartei und DDR-Presse die eigene Anwerbepolitik als Qualifizierungsprogramm beschrieben, wurde die westdeutsche Gastarbeiterpolitik in eine Linie mit der Ausbeutung von Zwangsarbeitern im Nationalsozialismus gestellt.³⁴ Vergleicht man die Arbeits- und Lebensbedingungen der »Gastarbeiter« mit denen »ausländischer Werktätiger«, stechen allerdings eher Gemeinsamkeiten als Unterschiede ins Auge. Beide deutschen Staaten boten den Einreisenden Arbeits- und Lebensbedingungen, die in der Regel den Lebensstandard der Herkunftsländer übertrafen, zugleich aber meist unter dem Niveau lagen, auf dem die einheimischen Ost- bzw. Westdeutschen lebten und arbeiteten.³⁵ Die Arbeits- und Lebensbedingungen ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der DDR sind in der Forschung gründlich untersucht worden. Dabei wurde auch die Diskrepanz zwischen ideologischem Anspruch der DDR und sozialpolitischer Wirklichkeit herausgearbeitet.³⁶ An dieser Stelle soll das Augenmerk deshalb stattdessen auf einen Aspekt gelenkt werden, der in der Forschung wenig Beachtung gefunden hat: die Bedeutung der öffentlich-politischen Sprache. Eine Diskriminierung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der DDR, so soll im Folgenden aufgezeigt werden, fand nicht nur im sozialpolitischen Umgang mit ihnen statt, sondern ist auch im sprachlichen Umgang mit ihnen, so, wie ihn das SED-Regime vorgab, zu finden.

Gleich auf mehreren Ebenen wird in den Beiträgen der DDR-Presse über ausländische Arbeitskräfte ein Machtgefälle aufgebaut, das DDR-Bürgern die Rolle der Stärkeren und Arbeitsmigranten die Rolle der Schwächeren zuweist. Der erste sprachliche Ausdruck dieser Schieflage findet sich im Topos vom Entwicklungshelfer und Entwicklungshilfeempfänger wieder. Deutlich wird in den Zeitungsbeiträgen die Abhängigkeit afrikanischer und asiatischer Staaten von der Gunst der DDR herausgearbeitet, die sich ihrerseits als bereitwillige Helferin inszeniert. Nur dank des Einsatzes der DDR schien sich demzufolge für ehemalige Kolonialländer eine Chance auf Selbstständigkeit zu bieten, die nicht nur auf dem Papier bestand, sondern auch wirtschaftlich und politisch verankert war.³⁷ Die DDR nahm in dieser Erzählung stets die Rolle der selbstlosen Retterin ein, die es als ihre »internationalistische Pflicht« ansah, anderen Ländern durch Anstellung und Ausbildung ihrer Arbeitskräfte zu helfen.³⁸ So erklärt die *DDR-Revue* im Dezember 1984: »Wir haben die Klassenzusammengehörigkeit unserer Arbeiterklasse und der Ausgebeuteten und Unterdrückten in der Welt vertieft und entwickelt. So kommt es, [...] dass der, der Hilfe in seinem Leben, in seinem Kampf braucht, unsere

34 Siehe Lothar Elsner: Zum Wesen und zur Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus, in: *Wesen und Kontinuität der Fremdarbeiterpolitik des deutschen Imperialismus. Materialien einer wissenschaftlichen Konferenz*, Rostock 1974, S. 2–76.

35 Siehe Maren Möhring: *Mobility and Migration in Divided Germany*, in: Frank Bösch (Hg.): *A History shared and divided. East and West Germany since the 1970s*, New York/Oxford 2018, S. 447–500, hier S. 460 f.

36 Siehe Anm. 9.

37 Siehe JW, 25. Juli 1978, S. 4; JW, 5. Juli 1978, S. 4; FD 1981, Nr. 40, S. 13; FD 1981, Nr. 24, S. 18; FD 1984, Nr. 10, S. 12; FD 1989, Nr. 6, S. 8; FD 1985, Nr. 5, S. 5; FD 1985, Nr. 8, S. 1; FD 1985, Nr. 25, S. 27; FD 1989, Nr. 42, S. 8.

38 ND, 22./23. Juni 1985, S. 2.

solidarische Unterstützung erhält.«³⁹ Und im Juli 1989 heißt es weiter: »Die Hilfe der DDR hat immer das Ziel, diese Völker bei der Festigung ihrer Unabhängigkeit, bei der Entwicklung einer eigenen ökonomischen und sozialen Basis zu unterstützen. Für uns gehört all das zur antiimperialistischen Solidarität, der sich unser Staat [...] verpflichtet fühlt.«⁴⁰ Es ist Rudyard Kiplings These von der Bürde des weißen Mannes, die hier in Form der »Bürde des DDR-Bürgers« zum Leben erweckt und mit dem Pflichtgefühl eines guten Sozialisten erklärt wird. Eigene wirtschaftliche Bedürfnisse und Abhängigkeiten der DDR scheinen nach dieser Darstellung nicht zu existieren. Auch erscheint die Gestalt des hilfsbedürftigen »Anderen« starr und monolithisch. Ob es um Krisenhilfe in Hunger- und Kriegsgebieten oder die »Ausbildung« ausländischer Arbeitskräfte in DDR-Betrieben geht – stets ist den anderen gemein, dass sie auf die Hilfe der DDR angewiesen sind und diese dankbar entgegennehmen.⁴¹ Unterschiedliche nationale Schicksale und historische Hintergründe verschwimmen in den Darstellungen und sind nur insofern von Bedeutung, als von Opfern imperialistischer Politik des kapitalistischen Westens die Rede ist.

Die zweite Artikulation des Machtungleichgewichts zwischen DDR-Bürger und ausländischem Vertragsarbeiter findet sich in der Konstruktion eines Lehrer-Schüler-Verhältnisses wieder. Ausländische »Schüler« nehmen dabei die Rolle wissbegieriger, eifriger Lernender ein, die jedoch deutsche Unterstützung brauchen, um beim Lern- und Arbeitstempo in der DDR mithalten zu können. »Erfahrene Facharbeiterinnen wie Brigitte Alschner aus der Jugendbrigade »Juri Gagarin«, heißt es in einem Beitrag der *Für Dich* von 1981, »geben an sie [die ausländischen Arbeitskräfte] weiter, was sie wissen, auch die kleinen Berufstricks. Mehr mit den Händen als mit dem Munde, des Lärms und der Sprachhürden wegen. Was Dango aus Mocambique [sic] oder Elsa aus Kuba noch nicht schaffen, gleichen die anderen aus. Am Plan gibt's keine Abstriche.«⁴² Ein Artikel der *Für Dich* von 1985 über Arbeiterinnen aus Namibia zieht ganz bewusst Parallelen zu Schulkindern. »Der Tag der Zeugnisausgabe«, titelt die Frauenzeitschrift und versichert: »Keines der jungen Mädchen hat enttäuscht. [...] In den Zeugnissen der jungen Mädchen stehen überwiegend die Noten »Gut« und »Befriedigend.« Diese Noten zu erreichen, sei den Namibierinnen schwergefallen: »Dafür mussten sie sich sehr mühen, vor allem in den theoretischen Fächern.«⁴³

Die dritte Artikulation des Machtungleichgewichtes hängt unmittelbar mit der Konstruktion des Lehrer-Schüler-Verhältnisses zusammen und kann als dessen rhetorische Zuspitzung angesehen werden: die Infantilisierung der Zugewanderten. Ausländische Arbeitskräfte werden in der DDR-Presse als »Mädchen« oder »Jungen« bezeichnet, obgleich sie volljährig sind.⁴⁴ Mitunter sind diese Bezeichnungen mit einer exotisieren-

39 Rev 1984, Nr. 12, S. 40.

40 Rev 1989, Nr. 7, S. 57.

41 Siehe Rev 1989, Nr. 7, S. 57; FD 1989, Nr. 32, S. 19; Rev 1984, Nr. 12, S. 38 f.; FD 1985, Nr. 6, S. 5; FD 1989, Nr. 42, S. 8.

42 FD 1981, Nr. 24, S. 18.

43 FD 1985, Nr. 39, S. 26.

44 Siehe z. B. Rev 1980, Nr. 7, S. 59.

den Form der Darstellung verbunden – so beispielsweise, wenn kubanische Arbeitskräfte als »Jungen von der Karibikinsel« bezeichnet werden oder wenn von den »Mädchen« aus Namibia die Rede ist, deren Betreuerin sich fragt, »wie [...] man dieses Temperament bloß zügeln« soll.⁴⁵ Eine weitere rhetorische Auffälligkeit, die zur Infantilisierung ausländischer Arbeitskräfte beiträgt, ist die fast ausschließliche Verwendung von Vornamen. So wird von »Osvaldo und Carmen« aus Chile berichtet, die sich in der DDR wohlfühlen, von »Joao und seinen Freunden« aus Mosambik, die mit dem traditionellen Bergmannsgruß »Glück auf« grüßen, von »Maria aus Nikaragua« und der »Namibierin Suoma«, die sich in der DDR erfolgreich weiterqualifizieren, und von der »zierlichen Diep« und der »kleinen Tram« aus Vietnam, die im Berliner Glühlampenwerk angestellt sind.⁴⁶ Deutsche Ausbilder und Vorgesetzte werden dagegen meist mit Vor- und Nachnamen genannt.⁴⁷

III. Willkommene »Freunde« oder problematische »Rowdies« – kein Platz für Zwischentöne

Der Blick in die Akten der volkseigenen Betriebe, in denen ausländische Arbeitskräfte angestellt waren, zeigt, dass das Bild vom Fremden, wie es in der Presse gezeichnet wurde, hier ganz ähnlich verwandt wurde.⁴⁸ VEB, die ausländische Arbeitskräfte beschäftigten, waren verpflichtet, regelmäßig (meist halbjährlich) an das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne (SfAL) über den Arbeitseinsatz ausländischer Angestellter Bericht zu erstatten. Sowohl das Narrativ der »zweiten Heimat« als auch jenes der »zweifachen Ausbildung« wurden in diesen Berichten bedient, der oft monotone Arbeitsalltag am Fließband oder im Kohleabbau mit euphemistischen Beschreibungen überhöht. So heißt es etwa in einem Bericht des VEB Werkzeugmaschinenfabrik Union Karl-Marx-Stadt vom Juli

45 JW, 5. Juli 1978, S. 4; FD 1984, Nr. 10, S. 12 u. 14. Ebenso FD 1985, Nr. 39, S. 24 f.; FD 1981, Nr. 40, S. 13.

46 JW, 25. Juli 1978, S. 4; Rev 1980, Nr. 1, S. 5; FD 1985, Nr. 6, S. 5; Die Wahrheit, 22. April 1985, S. 3.

47 FD 1981, Nr. 24, S. 18; FD 1984, Nr. 10, S. 14; FD 1985, Nr. 39, S. 26. Das sprachlich konstruierte Machtgefälle zwischen DDR-Bürgern und Arbeitsmigranten habe ich bereits in Rabenschlag: Völkerfreundschaft (Anm. 9) benannt. Mit Verweis auf ebendiese Veröffentlichung bezeichnet van der Heyden die diskursanalytische Herangehensweise als »scheinintellektuellen Salto Mortale« und stellt fest, dass »eine weitere Auseinandersetzung mit der kruden Gedankenakrobatik [...] Zeitverschwendung gleich[käme]«, siehe Van der Heyden: Experiment (Anm. 9), S. 245. Angesichts der Tatsache, dass vom »linguistic turn« inspirierte Methoden bereits seit Jahrzehnten fester Bestandteil der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung sind, kann diese Äußerung hier nur staunend zur Kenntnis genommen werden.

48 Die VEB-Berichte, welche die Quellengrundlage dieses Kapitels bilden, sind dem archivalischen Nachlass der Abteilung Ausländische Arbeitskräfte im Staatssekretariat für Arbeit und Löhne (SfAL) entnommen und im Bundesarchiv Berlin (BArch) unter der Bestandsnummer DQ3 zugänglich. Für die Analyse wurde der Gesamtbestand DQ3 auf die Akten aus 33 Betrieben reduziert, die den Arbeitseinsatz mosambikanischer und ungarischer Arbeitskräfte im Zeitraum zwischen 1979 und 1985 dokumentieren. Zur genauen Vorgehensweise bei der Eingrenzung und Auswahl des Quellmaterials siehe Rabenschlag: Völkerfreundschaft (Anm. 9), S. 62–64.

1980, dass es gelte, »die ungarischen Werktätigen [...] planmäßig auf fachlichem und politisch-ideologischem Gebiet aus- bzw. weiterzubilden«. ⁴⁹ Das Leipziger Getränkekombinat benennt im November 1984 in einem Schreiben an das SfAL das Ziel, »die Mocambiquaner in Hinblick auf die Rückreise in ihr Heimatland, auch in der politisch-ideologischen Arbeit auf die sie dort erwartenden Aufgaben vorzubereiten«. ⁵⁰

Anders als es das *public transcript* von der aktiv gelebten, uneigennützigen Völkerfreundschaft suggeriert, überwachten die Betriebe sehr genau Effizienz und wirtschaftlichen Mehrwert des Ausländereinsatzes. ⁵¹ Die VEB waren vom SfAL aufgefordert, in ihren Berichten nicht nur Angaben zum Grad der beruflichen und ideologischen Qualifizierung der ausländischen Vertragsarbeiter zu machen, sondern auch Informationen zur Arbeitsdisziplin, zum Krankenstand und zur Normerfüllung zu geben. ⁵² Schwangere Arbeiterinnen aus dem außereuropäischen Ausland wurden, sofern sie nicht zu einer Abtreibung bereit waren, vorzeitig in ihre Heimat zurückgeschickt. ⁵³ Auch Arbeiter, die als psychisch nicht belastbar und damit als nicht voll arbeitsfähig galten, wurden in der Regel vorzeitig ausgewiesen. In den Betriebsakten finden sich mehrere Berichte von Selbstmordversuchen ausländischer Vertragsarbeiter. Die Betroffenen erhielten akute Notversorgung und mitunter auch psychiatrische Behandlung. War jedoch abzusehen, dass die Arbeitsfähigkeit in absehbarer Zeit nicht wiederhergestellt werden würde, stellten die Betriebe den Antrag auf vorzeitige Ausweisung. ⁵⁴ Noch vor der Einreise in die DDR wurde der Gesundheitszustand der Arbeitskräfte überprüft, ohne dass es dafür scheinbar einheitliche Regelungen gegeben hat. Vielmehr variierten die Untersuchungen

49 VEB Werkzeugmaschinenfabrik Union Karl-Marx-Stadt, Bericht, 10. Juli 1980, S. 1, Bundesarchiv (im Folgenden: BArch), DQ 3/376.

50 VEB Getränkekombinat Leipzig (GKL), Bericht, 6. November 1984, S. 1, BArch DQ3/633.

51 Eric Allina weist zu Recht darauf hin, dass sich Vorgesetzte nicht immer an die staatlichen Vorgaben hielten und dass ausländische Arbeitskräfte bisweilen größere Freiräume genießen konnten, als eine Analyse der betrieblichen Regelungen den Anschein gibt. Dieser Befund widerspricht jedoch nicht der hier vorgetragenen These, dass eine Diskriminierung ausländischer Arbeitskräfte nicht zuletzt im »public transcript« der Völkerfreundschaft artikuliert und diskursübergreifend reproduziert wurde. Siehe Eric Allina: *Between Sozialismus and Socialismo. African workers and public authority in the German Democratic Republic*, in: Mahua Sarkar (Hg.): *Work in Global and Historical Perspective*, Berlin 2018, S. 77–99.

52 Rahmenrichtlinie zur Durchführung von Regierungsabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und anderen Staaten über die zeitweilige Beschäftigung ausländischer Werktätiger in Betrieben der DDR vom 1. Juli 1980, hg. v. SfAL, in: Eva-Maria Elsner/Lothar Elsner: *Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR, 1949–1990*, Rostock 1994, S. 140–167, hier S. 163 f. Diese Kategorien spiegeln sich in der Gliederung der Berichte der VEB an das SfAL wider.

53 Arbeiterinnen aus RGW-Ländern durften in der Regel in der DDR bleiben und dort ihr Kind zur Welt bringen. Siehe Rahmenrichtlinie (Anm. 52), Absatz 6.1.17.3.

54 Gutachten des Bezirkskrankenhauses für Psychiatrie Leipzig vom 5. August 1981, BArch DQ3/635/2; VEB Schaltanlagenbau Leipzig (SAB), Meldung vom 3. Juni 1981 an das SfAL, gutachterliche Äußerung aus dem Bezirkskrankenhaus für Psychiatrie Leipzig vom 5. August 1981 u. Schreiben vom 7. August 1981, BArch DQ3/635/2; VEB Elektrogas Ilmenau (EGI), Antrag, 22. Juni 1981, S. 2, BArch DQ3/635/2; VEB Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk Ernst Thälmann Suhl (Fajas), Antrag, 15. Juni 1982, BArch DQ3/634/2.

je nach Herkunftsland. Mosambikanische Arbeitskräfte mussten beispielsweise eine Untersuchung von After und Genitalien über sich ergehen lassen. Warum diese intimen Untersuchungen zur Feststellung der beruflichen Eignung nötig gewesen sein sollen, wird aus den Quellen nicht ersichtlich. Es hat den Anschein, als habe sich hier ein zwanghaftes Kontroll- und Dokumentationsbedürfnis der DDR-Behörden mit einem übersexualisierten Afrikanerbild verbunden. Auch ungarische Arbeitskräfte mussten sich beispielsweise vor Vertragsantritt gesundheitlichen Eignungstests unterziehen. Vergleichbare intime Untersuchungen wurden hier, den gesichteten Unterlagen zufolge, jedoch nicht durchgeführt.⁵⁵

Für die SED stellte die Eingliederung von Ausländerinnen und Ausländern in Arbeitsbrigaden der DDR auch ein gewisses Risiko dar. Zwar kamen alle ausländischen Arbeitskräfte aus staatssozialistischen Ländern; trotzdem gaben sie Einblicke in das Leben jenseits der Mauer. Die DDR-Führung versuchte auch hier, so weit es ging zu kontrollieren. Noch im September 1989 heißt es in einem Informationsbericht des FDGB zu »aktuellen Aufgaben in der Arbeit mit den ausländischen Werktätigen in der DDR« ganz unmissverständlich: »Wir benötigen [...] bei allen staatlichen Leitern, beim Brigadier, Meister und Betriebsleiter als auch bei den Verantwortlichen in den Wohnheimen klare Positionen in den Köpfen.«⁵⁶

Die Berichterstattung der Betriebe an das SfAL lässt erkennen, dass die Eingliederung der ausländischen Vertragsarbeiter in den deutschen Betriebsalltag nicht immer so reibungslos verlief, wie es die Darstellung in der Presse nahelegen versuchte. Dabei scheint die Herkunft der Arbeitskräfte insofern eine Rolle gespielt zu haben, als die Zusammenarbeit zwischen DDR-Bürgern und außereuropäischen Einwanderern größeres Konfliktpotential barg als die Zusammenarbeit mit Osteuropäern.⁵⁷ Als ein Dauerkonflikt erwies sich die Reinhaltung von Arbeitsplatz und Wohnheim. Der VEB Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk in Suhl vermerkt in Hinblick auf seine mosambikanischen Angestellten: »Bei den wöchentlichen Kontrollen der Zimmer wurde immer wieder festgestellt, dass einige Kollegen den Forderungen nach Sauberkeit, Sicherheit und Achtung des Volkseigentums nicht nachkommen.«⁵⁸ Auch die Betriebsleitung der Möbelwerke Eisenberg bezeichnet es als schwierig, die Mosambikaner zur Reinigung des Arbeitsplatzes zu bewegen, da diese »auf solche Anforderungen [...] überspitzt mit rassenbetonter Empfindlichkeit« reagierten.⁵⁹ Brandschutzübungen würden nicht ernst genommen,

55 Jahresprotokolle 1980 u. 1981 zum bilateralen Abkommen zwischen der DDR und der VRM, BArch DQ3/1813 u. Fiche de sante pour les employés [Gesundheitskarte der Angestellten], S. 2, BArch DQ3/1028.

56 Informationsbericht der Abteilung Organisation des Bundesvorstandes des FDGB über aktuelle Aufgaben in der Arbeit mit den ausländischen Werktätigen in der DDR im Ergebnis eines Erfahrungsaustausches der operativen Arbeitsgruppe im Staatssekretariat für Arbeit und Löhne, 22.9.1989, in: Elsner/Elsner: Zwischen Nationalismus (Anm. 52), S. 191–196, hier S. 192.

57 Rabenschlag: Völkerfreundschaft (Anm. 9). Der Schwerpunkt liegt hier auf einem Vergleich zwischen der Integration ungarischer und mosambikanischer Arbeitskräfte.

58 Fajas, Bericht, 25. Januar 1985, S. 3, BArch DQ3/634/2; ebenso VEB Metallurgieofenbau Meißen (MOM), Bericht, 18. März 1982, S. 7, BArch DQ3/634/1.

59 VEB Möbelwerke Eisenberg (MWE), Bericht, 7. Juli 1982, S. 10, BArch DQ3/633.

sondern seien für die Mosambikaner »willkommener Anlass, ein kleines Volksfest daraus werden zu lassen«.⁶⁰

Eine Formulierung, die insbesondere im Zusammenhang mit mosambikanischen Arbeitskräften häufig in den VEB-Berichten zu finden ist, ist das »besondere Vorkommnis«. Darin manifestierte sich die Diskrepanz zwischen *public transcript* und lebensweltlicher Realität. Das Adjektiv »besonders« sollte suggerieren, dass es sich bei diesen Vorfällen um Ausnahmen handelte, und stellte somit die Unversehrtheit des *public transcript* sicher. In den Augen der Betriebsleitungen galten insbesondere zwei Verhaltensweisen mosambikanischer Arbeiter als so problematisch, dass sie als »besondere Vorkommnisse« gemeldet wurden. Dabei handelte es sich zum einen um Verstöße gegen Regelwerke von Betrieb und Wohnheim, zum anderen um (meist gewalttätige) Auseinandersetzungen, zwischen Deutschen und Mosambikanern oder den Mosambikanern untereinander. In den Thüringer Schokoladenwerken wurde im Oktober 1982 ein solcher Vorfall dokumentiert. Auslöser war das Abendessen in der Betriebskantine – es schmeckte den mosambikanischen Arbeitern nicht. Die Betriebsleitung dokumentiert: »Sie waren sehr aufgebracht und empört. Einige mocambiquanische Werk tätige warfen das Essen durch den Küchenschalter dem Personal vor die Füße. [...] Zwei [mosambikanische] Kollegen nahmen sich Töpfe und Pfannen und begannen, sich selber Essen zu kochen. Dazu wurden aus Küchenbeständen unberechtigt Öl und Gewürze entnommen. Acht bis zehn mocambiquanische Werk tätige bedienten sich von dem Essen, das für die Frühschichtversorgung [...] bereitgestellt war. Das Küchenpersonal fühlte sich bedroht. Sie zogen sich verängstigt in eine Ecke der Küche zurück und wagten nicht, dem Geschehen Einhalt zu gebieten.«⁶¹ Bemerkenswerterweise wird das Verhalten der mosambikanischen Angestellten jedoch nicht allein als disziplinarisches, sondern auch als ideologisches Problem angesehen: »Das Auftreten der Bürger aus Mocambique untergräbt bei den [deutschen] Werk tätigen des Betriebes zwangsläufig auch die richtige politisch-ideologische Einstellung zum Verhältnis unserer Republik zu Mocambique«, heißt es im Folgenden.⁶² Für wütende, unzufriedene und aggressive Mosambikaner bot die Vorstellung vom ausländischen »Freund« keinen Platz. Daher bargen solche Vorkommnisse stets die Gefahr, die Glaubwürdigkeit des *public transcript* zu untergraben.

Von Spannungen zwischen Deutschen und Ausländern am Arbeitsplatz ist in den VEB-Berichten mehrfach die Rede. Im Falle auftretender Probleme, so die wiederkehrende Auffassung, mussten »erzieherische Maßnahmen eingeleitet« beziehungsweise »der Erziehungsprozess weitergeführt werden«.⁶³ Als problematisch wurde in der Regel das Verhalten der ausländischen Mitarbeiter angesehen. Im August 1983 berichtet der VEB Möbelwerke Eisenberg: »Das Verhalten der mocambiquanischen Werk tätigen in der Öffentlichkeit und im Wohnheim ist von zunehmender Aggressivität geprägt. Es häufen

60 MWE, Bericht, 17. August 1983, S. 7, BArch DQ3/633.

61 VEB Thüringer Schokoladenwerke (TSW), besonderes Vorkommnis, 26. Oktober 1982, S. 1, BArch DQ3/633.

62 Ebd. S. 2.

63 Fajas, Bericht, 26. Februar 1981, S. 6, BArch DQ3/634/2; VEB Wärmegeräte und Armaturenwerk Berlin, Bericht, 26. April 1983, S. 1, BArch DQ3/634/1.

sich Ausschreitungen sowohl untereinander als auch gegenüber der Bevölkerung Eisenbergs.«⁶⁴ Schuld an den negativen Vorfällen sei vor allem der hohe Alkoholkonsum der Mosambikaner. »Bei Aussprachen«, so die Betriebsleitung, »kommt immer wieder zum Ausdruck: ›Wir werden bestraft, weil wir eine andere Hautfarbe haben.‹ Selten sehen sie ihr Fehlverhalten ein.«⁶⁵ Auch im VEB Elektrogas Ilmenau gab es Probleme. So schreibt der Betrieb im August 1981 an das SfAL: »Während in den ersten Monaten ihres Aufenthaltes in Ilmenau die mocambiquanischen Freunde durch ihr diszipliniertes, freundliches Auftreten allseitig beliebt und anerkannt waren, ist durch das Verhalten einiger Freunde die Stimmung in der Bevölkerung umgeschlagen. Unsere Menschen verstehen nicht, dass einige Freunde viel Alkohol trinken, überheblich auftreten und undiszipliniert in Erscheinung treten.«⁶⁶ Ein Bericht aus dem Forstwirtschaftsbetrieb Jena geht in eine ähnliche Richtung. Das Problem läge bei »einige[n] mocambiquanische[n] Kollegen, [...], die durch rüpelhaftes Verhalten, meist im Zusammenhang mit Alkoholkonsum, in der Freizeit die allgemeine Ordnung und Sicherheit stören«. Oft werde zudem »der Ton der Rassendiskriminierung erst durch die Afrikaner selbst in Auseinandersetzungen hineingetragen.«⁶⁷ Inwiefern der Vorwurf der Mosambikaner, aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert zu werden, gerechtfertigt war, lässt sich anhand dieser Berichte nicht beantworten. Deutlich wird jedoch, dass das Thema Rassismus von den Betriebsleitungen nicht thematisiert wurde. Probleme, sogar gewaltsame Zwischenfälle, wurden etwa mit dem Alkoholkonsum der Mosambikaner erklärt. Vorbehalte deutscher Arbeiter gegenüber ausländischen Arbeitskräften, interkulturelle Missverständnisse und Spannungen konnten nicht grundsätzlich als Problem angesprochen werden, widersprachen doch solche Phänomene dem Bild der DDR-Gesellschaft, das die SED-Propaganda zeichnete.

Die Lösung anhaltender Spannungen im Betrieb bestand daher in der Regel nicht in einer Aussprache, sondern in der vorzeitigen Ausweisung einzelner, als Rädelsführer ausgemachter Ausländer. Begründet wurden die Rückführungsanträge mit verübten Gewalttaten, Sachbeschädigungen und Alkoholmissbrauch, aber auch mit fehlender Arbeitsdisziplin oder einer »provokatorischen Haltung« gegenüber deutschen Betreuern.⁶⁸ In einer handschriftlichen Notiz eines Mitarbeiters des SfAL an einen Betriebsdirektor in Thüringen heißt es: »Den Silva und die schlimmsten Rowdies zurück nach Mocambique. Freitag [Vertreter der mosambikanischen Botschaft] nicht erst fragen, sondern ihm mitteilen, dass wir uns von solchen Elementen sofort trennen.«⁶⁹

64 MWE, Bericht, 17. August 1983, S. 7, BArch DQ3/633.

65 Ebd.

66 EGI, Bericht, 19. August 1981, S. 3, BArch DQ3/635/2.

67 Staatlicher Forstwirtschaftsbetrieb Jena, Bericht, 28. September 1983, S. 3, BArch DQ3/635.

68 Siehe MOM, Antrag, 15. März 1982, S. 1 u. Meldung, 12. März 1982, BArch DQ3/634/1; VEB Berliner Akkumulatoren- und Elementefabrik, Antrag, 14. Dezember 1981, BArch DQ3/635/2; Fajas, Anträge, 17. Juni 1982 u. 23. November 1983, BArch DQ3/634/2; GKL, Ergänzung zum Rückführungsantrag 28. September 1982, BArch DQ3/633.

69 TSW, Notiz aus dem Vorgang über ein besonderes Vorkommnis vom 8. August 1982, BArch DQ3/633.

IV. Völkerfreundschaft und völkische Identität – ausländische Arbeitskräfte im Spiegel der Eingaben

Will man untersuchen, wie ausländische Arbeitskräfte außerhalb des betrieblichen Alltags wahrgenommen wurden, gestaltet sich die Quellenlage schwieriger. Zeitzeugeninterviews kämpfen mit dem Problem der Diskrepanz zwischen Erinnertem und Geschehenem; private Tagebücher von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern sind bisher nicht systematisch erschlossen. Einen interessanten Einblick in alltägliche interkulturelle Begegnungen bieten jedoch Eingaben, in denen DDR-Bürgerinnen und -Bürger Belange vorbrachten, die ausländische Arbeitskräfte betrafen. Eingaben erfreuten sich in der DDR großer Popularität. Bis zu einer Million wurden jährlich im Zeitraum zwischen 1949 und 1989 von DDR-Bürgern geschrieben. Viele umgingen dabei die kommunalen Instanzen und richteten ihre Eingabe direkt an die höchsten politischen Institutionen oder an Walter Ulbricht bzw. Erich Honecker persönlich.⁷⁰ Als Einwand gegen den Quellenwert von Eingaben wurde vorgebracht, dass diese »systemkonform« formuliert und damit (im Unterschied zu anonymen, privaten Briefen) in ihrer Aussage wenig authentisch seien.⁷¹ Dieser Einwand basiert jedoch auf einer in ihrer Einfachheit nicht überzeugenden Dichotomie zwischen staatlicher Propaganda auf der einen und tatsächlichen Ansichten der Bevölkerung auf der anderen Seite. Sehr viel interessanter gestaltet sich die Analyse des Umgangs der Bevölkerung mit dem staatlich sanktionierten Diskurs, und in dieser Hinsicht stellen Eingaben sehr wohl ein wertvolles Quellenmaterial dar.

Die Eingaben zu ausländischen Arbeitskräften sind unterschiedlicher Art.⁷² Viele Briefe stammen von DDR-Bürgern, meist Frauen, die mit einem ausländischen Vertragsarbeiter eine Liebesbeziehung, bisweilen sogar gemeinsame Kinder hatten. Die DDR-Bürgerinnen bitten um die Verlängerung des Bleiberechts ihres ausländischen Partners, um dessen Versetzung in einen nähergelegenen Betrieb oder die Erlaubnis, eine gemeinsame Wohnung beziehen zu dürfen.⁷³ Im Widerspruch zum *public transcript* von aktiv

70 Siehe Ina Merkel/Felix Mühlberg: Eingaben und Öffentlichkeit, in: Ina Merkel (Hg.): Wir sind doch nicht die Meckerecke der Nation! Briefe an das Fernsehen der DDR, Berlin 2000, S. 17 f.; Felix Mühlberg: Informelle Konfliktbewältigung. Zur Geschichte der Eingabe in der DDR, Chemnitz 1999, S. 7.

71 Siehe Siegfried Suckut: Einleitung, in: ders. (Hg.): Volkes Stimmen. »Ehrlich, aber deutlich« – Privatbriefe an die DDR-Regierung, München 2016, S. 7–108, hier S. 23.

72 Beim analysierten Quellenkorpus handelt es sich um eine vollständige Auswertung aller lesbaren Eingaben, die bei der dem SfAL untergeordneten Abteilung Ausländische Arbeitskräfte (AAK) eingegangen sind, sich mit ausländischen Arbeitskräften befassen und bis einschließlich 31. Dezember 1989 verschickt worden sind, sowie um alle Vorgänge, die diese Eingaben nach sich zogen. Eingaben, die zunächst an andere Adressaten gerichtet waren, wurden in der Regel noch zu DDR-Zeiten an das SfAL weitergeleitet und sind somit Teil des Quellenkorpus. Die Vorgänge erstrecken sich mitunter über den 31. Dezember 1989 hinaus. Insgesamt wurden 193 Eingaben und die dazugehörigen Vorgänge analysiert. Siehe Rabenschlag: Völkerfreundschaft (Anm. 9), S. 65.

73 So z. B. die Eingaben aus Rathenow, 20. Mai 1986 u. 8. Juni 1986, BArch DQ3/1808; Eingabe aus Dresden, 12. April 1988, BArch DQ3/1807/1; Eingabe aus Stadttilm, 21. Juli 1983, BArch DQ3/855; Eingabe aus Arnstadt, 30. Juni 1983, BArch DQ3/855; Eingaben aus Guben, 23. März 1983 u. 18. Mai 1983, BArch DQ3/855; Eingabe aus Bitterfeld, 1. September 1989, BArch DQ3/1804; Eingabe aus Burg, 16. August 1983, BArch DQ3/855; Eingabe aus Leipzig, 3. Oktober 1988, BArch DQ3/1807/2; Eingabe aus Karl-Marx-Stadt, 18. Mai 1984, BArch DQ3/855.

gelebter Völkerfreundschaft und konsequentem Antirassismus fühlen sich mehrere dieser Verfasserinnen genötigt, ihr Liebesverhältnis mit einem Ausländer zu rechtfertigen und dessen Ernsthaftigkeit unter Beweis zu stellen. »Obwohl er ein Mocambiquaner ist, habe ich nie gezweifelt und Bedenken gehabt«, schreibt etwa eine Frau aus Burg.⁷⁴ Eine DDR-Bürgerin aus Berlin betont, dass es doch ein »humanes« Recht sei, »mit dem Vater meiner 2 Kinder, auch wenn er Ausländer ist, täglich ein glückliches und harmonisches Familienleben zu führen«.⁷⁵ Nicht selten werden sowohl die eigene Familie als auch die des ausländischen Partners als Leumund herangezogen.⁷⁶

Ein weiterer Topos, der in diesen Eingaben hervorsticht, sind die zahlreichen Hinweise auf die Qualitäten des ausländischen Partners als Arbeiter: »Mein Rafael ist einer der Besten. Sein Meister und seine Brigade wollen ihn nicht hergeben«, versichert eine Frau aus Arnstadt.⁷⁷ Ihr Freund arbeite »sehr fleißig in seinem Betrieb«, betont eine Dresdnerin.⁷⁸ Und eine Frau aus Halle beteuert, dass sowohl Betreuer als auch Betriebsleitung vollauf mit den Leistungen ihres Freundes zufrieden seien.⁷⁹ Mehrere Eingaben nehmen explizit auf die zwei Narrative von der DDR als »zweiter Heimat« und die Möglichkeiten der »zweifachen Ausbildung« Bezug – offenbar in der Hoffnung, dadurch ihrem Anliegen mehr Gewicht zu verleihen. Der ausländische Partner, so der Tenor vieler Eingaben, fühle sich in der DDR sehr wohl und nutze die Chancen zur fachlichen und ideologischen Fortbildung.⁸⁰

Bei anderen Eingaben zu ausländischen Arbeitskräften handelt es sich meist um Beschwerden aus der Nachbarschaft von Ausländerwohnheimen, aber auch um besorgte Briefe von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern, die von rassistischen Äußerungen oder Übergriffen berichten. Insbesondere in der Vorwendezeit häufen sich Eingaben, die nun das interkulturelle Zusammenleben offen thematisieren. Es hat den Anschein, als führe der zunehmende Glaubwürdigkeitsverlust der SED auch zu einer Schwächung des Tabus, die Behauptung von der erfolgreich gelebten Völkerfreundschaft infrage zu stellen. Im März 1989 trifft beim SfAL die Eingabe einer besorgten Dresdnerin ein: »Ich bin seit

74 Eingabe aus Burg, 16. August 1983, BArch DQ3/855.

75 Eingabe aus Berlin, 13. September 1988, BArch DQ3/1807/2.

76 Eingabe aus Guben, 23. März 1983, BArch DQ3/855; Eingabe aus Leipzig, 3. April 1987, BArch DQ3/1809 sowie 3. Oktober 1988, BArch DQ3/1807/2; Eingabe aus Dresden, 16. Oktober 1984, BArch DQ3/855.

77 Eingabe aus Arnstadt, 30. Juni 1983, BArch DQ3/855.

78 Eingabe aus Dresden, 12. April 1988, BArch DQ3/1807/1.

79 Eingabe aus Arnstadt, 23. Mai 1983, BArch DQ3/855.

80 Siehe Eingabe aus Arnstadt, 23. Mai 1983, BArch DQ3/855; Eingabe aus Oranienburg, 25. November 1984, BArch DQ3/855; Eingabe aus Eisenach, 19. Juli 1985, BArch DQ3/1808; Eingabe aus Pouch, 28. September 1986, BArch DQ3/1809; Eingabe aus Halle, 6. Februar 1986, BArch DQ3/1808; Eingabe aus Leipzig, 10. Juni 1986, BArch DQ3/1808; Eingabe aus Leipzig, 3. April 1987, BArch DQ3/1809; Eingabe aus Stendal, 15. Juli 1983, BArch DQ3/855; Eingabe aus Stadttilm, 21. Juli 1983, BArch DQ3/855; Eingabe aus Burg, 16. August 1983, BArch DQ3/855; Eingabe aus Erfurt, 19. November 1983, BArch DQ3/855; Eingaben aus Rathenow, 20. Mai 1985 u. 8. Juni 1986, BArch DQ3/1808; Eingabe aus Roßleben, 5. Mai 1983, BArch DQ3/855; Eingabe aus Cottbus, 27. November 1983, BArch DQ3/855; Eingabe aus Dresden, 16. Oktober 1984, BArch DQ3/855; Eingabe aus Leipzig, 3. Oktober 1988, BArch DQ3/1807/2.

einiger Zeit sehr berührt von rassistischen Aktionen und rassistischem Sprachgebrauch anderer DDR-Bürger gegenüber Ausländern, besonders Mocambiquanern«, heißt es im Schreiben. »Immer öfters höre ich grundlose Beschimpfungen auf öffentlicher Straße und Zügen [sic] der DR.«⁸¹ Im Laufe des Jahres 1989 nimmt jedoch insbesondere die Anzahl der Beschwerdebriefe zu. DDR-Bürger klagen über »schwarze Afrikaner« in der Nachbarschaft und deren »kurze, abgehackte, schrill-schreiende Wortlaute oder ohrenbetäubende ›Hotten-Totten‹-Musik mit Begleitung von Klatschen, Zwischenrufen und Pfeifen[,] ebenso überlautes Unterhalten oder Streitgespräche sowie ihre Urwaldtraditionen!«⁸² Mosambikanische und kubanische Nachbarn werden als bedrohlich dargestellt, wobei diese antizipierte Bedrohung oft sexueller Natur ist: »Viele unserer Mädchen und auch andere Bürger scheuen sich nun, allein auf die Straße zu gehen«, melden sich deutsche Anwohner zu Wort. Deutsche Frauen, behaupten zwei andere DDR-Bürger, würden aus Sorge vor Belästigungen durch Ausländer von ihren Männern abgeholt.⁸³ In einem kubanischen Wohnheim würden sich »Mädchen im Alter von 13–16 Jahren [...] ein lustiges Stelldichein bis in die Nacht« geben. Und ein Wohnheim für Mosambikaner gleiche »einem Bordell wie es im Kapitalismus gibt [sic]«. ⁸⁴

Zwar lassen sich anhand dieser Eingaben keine tatsächlichen Vorfälle rekonstruieren, wohl aber Eindrücke, Empfindungen und Reaktionen der DDR-Bevölkerung. Das nachbarschaftliche Verhältnis zwischen Deutschen und ausländischen Arbeitskräften scheint hier zerrüttet, Belege erfolgreich praktizierter Völkerfreundschaft sucht man in diesen Eingaben vergebens. Dass dies nicht den politischen Vorgaben und Erwartungen des SED-Regimes entsprach, war vielen Eingabestellern offenbar bewusst und schlägt sich in ihrer Wortwahl nieder: »Wir sind keine Rassisten, sehen aber auch nicht ein, dass wir wegen [der] ausländischen Kollegen unser ganzes persönliches Leben in jeder Beziehung einschränken bzw. ändern müssen«, schreiben etwa DDR-Bürger aus Böhlitz-Ehrenberg.⁸⁵ »Wir haben nichts gegen junge Menschen aus Angola!«, versichern Deutsche aus Oberlichtenau. »Aber einer derartigen Rücksichtslosigkeit gegenüber ihren Mitmenschen stimmen wir nicht zu.«⁸⁶ »Am Anfang hatten wir noch Verständnis,« beteuern Bürger aus Weißwasser, »aber nach über einem Jahr hätten sie sich doch anpassen können.«⁸⁷

Seitens der SED-Behörden wird als Lösung der interkulturellen Nachbarschaftskonflikte eine verstärkte Trennung vorgeschlagen. Bereits im Sommer 1986 bittet der

81 Eingabe aus Dresden, 26. Februar 1989, BArch DQ3/1806. Ganz ähnlich eine Eingabe aus Niederwillingen, 21. Februar 1986, BArch DQ3/1808 u. zwei Eingaben aus Bautzen, 23. Juli 1989, BArch DQ3/1801 u. 1805.

82 Eingabe aus Weißwasser, 23. August 1989, BArch DQ3/1804.

83 Eingabe aus Deutscheinsiedel, 12. Dezember 1989, BArch DQ3/1801; Eingabe aus Weißwasser, 23. August 1989, BArch DQ3/1804.

84 Eingaben aus Halle, 7. August 1984, BArch DQ3/855; Eingabe aus Halle, 9. März 1989, BArch DQ3/1804.

85 Eingabe aus Böhlitz-Ehrenberg, 27. Juli 1989, BArch DQ3/1805.

86 Eingabe aus Oberlichtenau, 2. September 1988, BArch DQ3/1807/2.

87 Eingabe aus Weißwasser, 10. Juli 1989, BArch DQ3/1805.

stellvertretende Staatssekretär im SfAL, Horst Rademacher, den Staatssekretär der Staatlichen Planungskommission Wolfgang Greß, Ausländerwohnheime in ausreichendem Abstand von deutschen Wohngebieten zu bauen. Zu stark fühlten sich DDR-Bürgerinnen und -Bürger von ausländischen Nachbarn gestört. »Wir sehen«, so Rademacher, »nach jahrelangen Erfahrungen und Versuchen, solche Probleme zu mildern, keine andere Lösung und bitten, die erforderlichen Baumaßnahmen zu unterstützen.«⁸⁸

Im Herbst 1989 verschärft sich der Ton der Eingaben. Angst, Wut und Rivalität sind aus vielen Schreiben herauszuhören. Aufgeschreckt durch eine Zeitungsmeldung, dass tausende polnische Arbeiter dauerhaft in die DDR übersiedeln wollen, lassen DDR-Bürger Ende Oktober ihren Aggressionen freien Lauf: »Bitte nehmen Sie keine polnischen Arbeitskräfte u. Familien auf. Das führt zum völligen Ruin unserer Wirtschaft«, heißt es da beispielsweise. »Die Polen sind ein Handelsvolk, die es nicht lassen können«, empört sich ein anderer DDR-Bürger. »Was wollen wir mit den Polen? Haben wir nicht genug eigene Probleme?«, fragt ein weiterer.⁸⁹ Auch Vietnamesen werden zu verhassten und zugleich beneideten Anderen: »Wie ist es möglich, dass diese Bürger [Vietnamesen] bereits die Fahrprüfung abgelegt haben und ein eigenes Auto [...] fahren? Wir warten Jahre auf beides!«, empört sich ein Bürger aus Neusalza-Spremberg.⁹⁰ »Sie [die Vietnamesen] scheinen Narrenfreiheit in unserem Staat zu besitzen [...] Ich jedenfalls bin dagegen, dass Ausländer bei uns Sondergastrechte genießen«, so eine Eingabe aus Pausa.⁹¹ Unabhängig von ihrer Nationalität werden Ausländer als Konkurrenten um knappe Ressourcen wie Konsumgüter und Wohnraum dargestellt. Vor dem Hintergrund der sich überschlagenden politischen Ereignisse schreibt ein Bürger aus Radebeul Anfang Dezember 1989: »Es sind jetzt nicht die Zeiten dafür, gegenüber Ausländern den Weihnachtsmann zu spielen.«⁹² »Wir haben nichts zu verschenken!«, warnt auch ein DDR-Bürger aus Waren. »Kosten und Gewinn müssen in einem rentablen Verhältnis stehen! [...] Kein proletarischen [sic] Internationalismus auf Kosten der eigenen Bevölkerung.«⁹³

Fremdenfeindliche Äußerungen, das hatten auch die Verfasser von Eingaben im Spätherbst 1989 nicht vergessen, bedeuteten einen klaren Bruch mit dem Ideal einer sozialistischen Gesellschaft ohne Rassismus, geprägt von internationaler Solidarität und Völkerfreundschaft. Doch da dieses Ideal von einem diktatorischen Regime vertreten worden war, das nun seine Legitimität und Macht verloren hatte, verstanden einige DDR-Bürgerinnen und -Bürger ihre offen geäußerte Xenophobie als Ausdruck des neuen demokratischen Zeitgeistes: »Die im Rahmen des Erneuerungsprozesses in unserem Lands neu gegebenen und geforderten Möglichkeiten der demokratischen Mitwirkung möchte auch ich nutzen«, schreibt eine Frau aus Auerbach und fordert, »arbeitsscheue vietname-

88 Brief vom 24. Juni 1986 von Rademacher an Greß, BArch DQ3/1809.

89 Eingabe aus Großbeeren, 13. November 1989, BArch DQ3/1804; Eingabe aus Waren, 10. November 1989, BArch DQ3/1804; Eingabe aus Berlin, 6. Dezember 1989, BArch DQ3/1804.

90 Eingabe aus Neusalza-Spremberg, 29. November 1989, BArch DQ3/1801.

91 Eingabe aus Pausa, 30. November 1989, BArch DQ3/1804.

92 Eingabe aus Radebeul, 5. Dezember 1989, BArch DQ3/1801.

93 Eingabe aus Waren, 10. November 1989, BArch DQ3/1804.

sische Bürger« auszuweisen, da man in der DDR selbst genug »arbeitsscheue Elemente« habe.⁹⁴ Sollte die Regierung der DDR die Übersiedelung der Polen nicht verbieten, so ein Verfasser aus Pirna, sei »eine allgemeine Volksabstimmung in der Sache durchzuführen, um Fehler zu Beginn der neuen Epoche vollständig auszuschließen«.⁹⁵

Die Eingabe von über dreißig deutschen Arbeitern des VEB Bandstahlkombinat Herman Matern in Eisenhüttenstadt – datiert auf den 9. November 1989 – bringt diese Sichtweise schließlich unmissverständlich auf den Punkt. Man sei »gegen die durch die Regierung beschlossene weitere Einbürgerung von ausländischen Bürgern in unserer Republik. Wir sind«, so die Verfasser weiter, »zutiefst enttäuscht, daß auch diese Entscheidung ohne Zustimmung des Volkes getroffen wurde und erwarten hierzu eine öffentliche Stellungnahme. Wir sind das Volk und haben über unsere Zukunft mitzuentcheiden!«⁹⁶ »Wir sind das Volk«: Der Protestruf der Montagsdemonstrationen, der auf das Ende der staatlichen Diktatur und demokratische Reformen in der DDR abzielte und wenig später in der Abwandlung »Wir sind ein Volk« die deutsche staatliche Einheit einforderte, dient hier der Rechtfertigung von Xenophobie. Die ausländischen Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter haben in diesem »Wir« keinen Platz. Auf das »Volk« wird nicht im Sinne republikanischen Denkens als Souverän verwiesen, sondern im Sinne einer ethnischen Einheit – der verwandte Volksbegriff ist nicht demokratisch, er ist völkisch konnotiert.

V. Fazit

Die ausländischen Arbeitskräfte, die ab den 1960er-Jahren in die DDR kamen, wurden vom SED-Regime als »Freunde« willkommen geheißen und waren nach Darstellung der politisch kontrollierten Presse gut in die Gesellschaft integriert. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit als mögliche gesellschaftliche Probleme zu thematisieren, war tabu – schließlich, so der parteipolitische Duktus, waren dies Makel kapitalistischer Systeme und somit in der DDR »mit der Wurzel ausgerottet«.⁹⁷ Rassistische und fremdenfeindliche Äußerungen gehörten zum verbotenen Vokabular. Was sprachlich nicht artikuliert wurde, so die damit einhergehende Hoffnung, würde auch in der sozialen Wirklichkeit keinen Raum einnehmen. Dass die Realität oft anders aussah, hat die jüngste Forschung überzeugend dargelegt und wird auch anhand der in diesem Beitrag zitierten VEB-Berichte und Eingaben deutlich.

Eine Diskriminierung der ausländischen Werk­tätigen in der DDR fand jedoch nicht allein in Form von Verstößen gegen das *public transcript* der Völkerfreundschaft statt. Sie wurde vielmehr durch den sprachlichen Umgang mit Ausländerinnen und Ausländern, wie ihn der Mythos von einer sozialistischen Gesellschaft ohne Rassismus vorgab, zusätz-

94 Eingabe aus Auerbach, 14. Dezember 1989, BArch DQ3/1804.

95 Eingabe aus Pirna, 1. November 1989, BArch DQ3/1804.

96 Eingabe aus Eisenhüttenstadt, 9. November 1989, BArch DQ3/1805.

97 Siehe Anm. 1.

lich befördert. Angesichts der Tatsache, dass Rechtspopulisten in Deutschland in den letzten Jahren insbesondere in den neuen Bundesländern stark an Unterstützung gewonnen haben, erhält dieses Ergebnis aktuelle politische Relevanz. Nicht nur die mediale, sondern auch die wissenschaftliche Debatte um das historische Erbe ostdeutscher Fremdenfeindlichkeit ist bis heute stark von einem Deutungskampf um Leben und Alltag in der DDR geprägt, der zwischen Zeitzeugen und Forschern, aber auch zwischen Wissenschaftlern aus der ehemaligen DDR und dem ehemaligen Westdeutschland ausgefochten wird. Leitragende dieses semantischen Kampfes um die Deutungshoheit in der DDR-Geschichte sind letztlich jene, die im heutigen wiedervereinigten Deutschland mangelnde historische Aufarbeitung in Form von Rassismus und Ausgrenzung zu spüren bekommen.

Ethnozentrische und rassistische Gedankenmuster, welche die gesamtdeutsche Gesellschaft bereits vor 1933 durchzogen haben, wurden in der DDR-Gesellschaft nicht etwa eingefroren und nach einem 40-jährigen Dornröschenschlaf zum Leben erweckt. In der Art und Weise, wie in der DDR über ausländische Arbeitskräfte geschrieben und gesprochen wurde, wurde ein rassistischer Blickwinkel auf Fremde – wenn bisweilen auch aus wohlwollend paternalistischer Perspektive – fortlaufend reproduziert und am Leben gehalten. Nicht allein die diskriminierenden sozialpolitischen Regelungen des Arbeitseinsatzes von Ausländern trugen in der DDR zu einem abwertenden deutschen Blick auf Fremde bei; der Gründungsmythos des Antifaschismus und die ihm innewohnende Behauptung von der »Ausrottung« des Rassismus lähmten eine fruchtbare Diskussion über die Möglichkeiten, Herausforderungen und Schwierigkeiten interkulturellen Zusammenlebens. Zudem beinhaltete das *public transcript* der Völkerfreundschaft ein Machtgefälle zwischen DDR-Bürgern und Arbeitsmigranten, das aufgrund des hegemonialen Anspruchs des *public transcript* in verschiedenen Bereichen der DDR-Gesellschaft zur Geltung kam und einer Begegnung auf Augenhöhe den Weg verstellte. Suggestierten die Begriffe von Völkerfreundschaft und internationaler Solidarität zwar die Überwindung ethnischer Grenzen zugunsten eines multikulturellen Arbeiterkollektives, überwand das Konzept einer internationalen Arbeiterklasse in der DDR doch zu keinem Zeitpunkt die wertende Grenzziehung zwischen Deutschen und Fremden.

